

Bevölkerung


 Registrierte und  
nicht registrierte  
Bekleidungs-/  
Schuhfabriken

 Gemeldete und nicht  
gemeldete Mitar-  
beiterInnen in der  
Bekleidungs-/  
Schuhindustrie 2016

 Exportanteil bei  
produzierter  
Bekleidung

 Anteil von Be-  
kleidung/Schuhen  
an den Gesamtex-  
porten 2015

**Zielländer für Bekleidungsexporte (wertmäßig)  
2016<sup>1B</sup>**

Deutschland (37 %)

Ungarn (7 %)

Polen (7 %)

Rumänien (6 %)

Frankreich (6 %)

Dänemark (6 %)


**Zielländer für Schuhexporte (wertmäßig) 2016**

Rumänien (32 %)

Polen (19 %)

Italien (14 %)

Russland (13 %)

Ungarn (8 %)



Der Anteil der für Ungarn, Polen und Rumänien bestimmten Bekleidung und Schuhe lässt vermuten, dass Lieferanten aus diesen Ländern ukrainische Fabriken als Subunternehmen beauftragen; empirische Untersuchungen haben dies bestätigt.

<sup>1</sup> Moderate Schätzung der AutorInnen unter Berücksichtigung der Informalität, die 66 Prozent der ukrainischen Wirtschaft ausmacht. Laut „Activity of business entities 2014“, S. 98–99 ([https://ukrstat.org/uk/druk/publicat/kat\\_u/2015/zb/11/zd\\_dsg\\_14w.zip](https://ukrstat.org/uk/druk/publicat/kat_u/2015/zb/11/zd_dsg_14w.zip)) gibt es 1.825 eingetragene Bekleidungs- und 280 eingetragene Schuhfabriken.

<sup>1B</sup> <https://comtrade.un.org>

<sup>2</sup> Moderate Schätzung der AutorInnen auf der Grundlage der gemeldeten MitarbeiterInnen in der Leichtindustrie (72.000) und dem Anteil der Informalität an der ukrainischen Wirtschaft (66 Prozent).

<sup>3</sup> [http://www.ukrstat.gov.ua/operativ/operativ2015/zd/tsztt/tsztt\\_u/tsztt1315\\_u.htm](http://www.ukrstat.gov.ua/operativ/operativ2015/zd/tsztt/tsztt_u/tsztt1315_u.htm)



*“Auf dem Papier verdienen wir den gesetzlichen Mindestlohn, aber tatsächlich bekommen wir weniger.”*

## LOHNLEITER UKRAINE

€89 <sup>4</sup>	Gesetzlicher Mindestnettolohn 2017
€96 <sup>5</sup>	Durchschnittlicher Nettolohn (inklusive Überstunden und Zuschläge) der befragten ArbeiterInnen
€135 <sup>6</sup>	Niedrigster durchschnittlicher Nettolohn im verarbeitenden Gewerbe: Leichtindustrie (hauptsächlich Bekleidungs- und Schuhindustrie) Dez. 2016
€166 <sup>10</sup>	Offizielles Existenzminimum 01.12.2016 - 31.04.2017: Erwerbsfähiger Erwachsener im erwerbsfähigen Alter, pro Monat, 3 Verbrauchseinheiten
€190 <sup>7</sup>	Durchschnittlicher Nettolohn in der Gesamtwirtschaft Dez. 2016
€192 <sup>8</sup>	Durchschnittlicher Nettolohn im verarbeitenden Gewerbe Dez. 2016
€378 <sup>9</sup>	Höchster durchschnittlicher Nettolohn im verarbeitenden Gewerbe: Herstellung der wichtigsten pharmazeutischen Erzeugnisse Dez. 2016
€477 <sup>11</sup>	Geschätzter Basis-Existenzlohn gemäß befragten ArbeiterInnen (pro Monat, 3 Verbrauchseinheiten, Nettolohn)

<sup>4</sup> 2.576 UAH - Oanda 01.01.2017

<sup>5</sup> 2.778 UAH - Oanda 01.03.2017 - Im Februar/März 2017 wurden 33 MitarbeiterInnen von vier Fabriken außerhalb der jeweiligen Fabrik befragt

<sup>6</sup> 3.713 UAH = 4.613 - 19,5% Steuern; Socio-economic development of Ukraine during 2016, S. 22, ([http://www.ukrstat.gov.ua/operativ/operativ2016/so\\_ek\\_r\\_u/soekru\\_u/soekru2016\\_u.zip](http://www.ukrstat.gov.ua/operativ/operativ2016/so_ek_r_u/soekru_u/soekru2016_u.zip)) – Oanda 01.12.2016

<sup>7</sup> 5.212 UAH = 6.475 - 19,5% Steuern; Socio-economic development of Ukraine during 2016, S. 21 ([http://www.ukrstat.gov.ua/operativ/operativ2016/so\\_ek\\_r\\_u/soekru\\_u/soekru2016\\_u.zip](http://www.ukrstat.gov.ua/operativ/operativ2016/so_ek_r_u/soekru_u/soekru2016_u.zip)) – Oanda 01.12.2016

<sup>8</sup> 5.265 UAH = 6.540 - 19,5% Steuern; Socio-economic development of Ukraine during 2016, S. 22 ([http://www.ukrstat.gov.ua/operativ/operativ2016/so\\_ek\\_r\\_u/soekru\\_u/soekru2016\\_u.zip](http://www.ukrstat.gov.ua/operativ/operativ2016/so_ek_r_u/soekru_u/soekru2016_u.zip)) – Oanda 01.12.2016

<sup>9</sup> 10.356 UAH = 12.865 - 19,5% Steuern; Socio-economic development of Ukraine during 2016, S. 22 ([http://www.ukrstat.gov.ua/operativ/operativ2016/so\\_ek\\_r\\_u/soekru\\_u/soekru2016\\_u.zip](http://www.ukrstat.gov.ua/operativ/operativ2016/so_ek_r_u/soekru_u/soekru2016_u.zip)) – Oanda 01.12.2016

<sup>10</sup> 4.800 UAH = 1.600 x 3 Verbrauchseinheiten; Existenzminimum für erwerbsfähige Erwachsene. - Oanda 01.03.2017

<sup>11</sup> 13.803 UAH - Oanda 01.03.2017 - Auf der Grundlage sämtlicher außerhalb der Fabrikgelände mit den ArbeiterInnen geführten Interviews wurde der hier angeführte Durchschnitt errechnet. Anzumerken ist, dass die ArbeiterInnen im Jahr 2013 den minimalen Existenzlohn mit 6.500 UAH/574 EUR veranschlagt haben. Der Grund für diese erheblich niedrigere Einschätzung liegt nicht in gesunkenen Lebenshaltungskosten - diese sind im Gegenteil gestiegen, insbesondere Wohnnebenkosten, aber auch alle anderen Lebenshaltungskosten. Der Grund ist, dass die ArbeiterInnen sich einfach nicht vorstellen können, über genügend Geld zu verfügen, um über die Runden zu kommen, und daher die Kosten für ein menschenwürdiges Leben viel zu niedrig veranschlagen.

## DIE PRIMÄREN ARBEITNEHMER-RECHTSVERLETZUNGEN

- Unrealistisch hohe Stückzahlen können nur durch Ableistung von Überstunden erfüllt werden.
- Zwangsüberstunden: Die ArbeiterInnen müssen Überstunden leisten, um überhaupt den gesetzlichen Mindestlohn erhalten zu können.
- Probleme, Überstunden abzulehnen.
- Extrem hohe bzw. niedrige Temperaturen im Sommer bzw. Winter.

### Eindeutige Arbeitsrechtsverletzungen:

- Nichtzahlung des gesetzlichen Mindestlohns für Normalarbeitszeit (40 Stunden). Ein Drittel der befragten ArbeiterInnen verdiente den gesetzlichen Mindestlohn nur durch Ableistung von Überstunden; d.h. sie erhalten nicht den gesetzlichen Mindestlohn für die Normalarbeitszeit.
- Nichtzahlung und rechtswidrige Zahlung von Überstunden.
- Exzessive Überstunden unter Verletzung des Rechts.
- Zwangsurlaub, wenn keine Aufträge vorliegen, sowie ein extremes Ausmaß an Überstunden in der Hochsaison.
- Die gesetzlich vorgeschriebene Anzahl an Jahresurlaubstagen wird nicht gewährt.
- Repressive Betriebsleitung und Gewerkschaftsfeindlichkeit (Union Busting).

## EMPFEHLUNGEN AN MODEMARKEN UND HÄNDLER

- ! Bezahlen Sie einen Lohn zum Leben. Beginnen Sie mit dem geschätzten Basis-Existenzlohn, einem monatlichen Grundnettolohn von 13.803 UAH/477 EUR.
- ! Stellen Sie die oben angeführten Rechtsverletzungen ab.

## EMPFEHLUNGEN AN DIE REGIERUNG

- ! Heben Sie den gesetzlichen Mindestlohn auf ein Niveau an, das dem von der ILO formulierten Ziel entspricht, „einen Mindestlohn für ArbeiterInnen zu gewährleisten, der ihnen und ihren Familien einen angemessenen Lebensstandard ermöglicht“.
- ! Heben Sie die Renten auf ein Niveau an, das Menschen einen angemessenen Lebensstandard ermöglicht.
- ! Kontrollieren Sie die Anwendung der Gesetze.

## BEI WEITEM KEINE EXISTENZSICHERNDEN LÖHNE

Der gesetzliche Mindestlohn entspricht



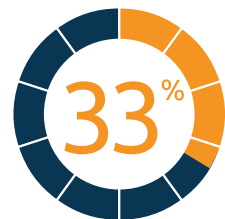
des geschätzten Basis-Existenzlohns gemäß befragten ArbeiterInnen. Der tatsächliche durchschnittliche Lohn der befragten ArbeiterInnen, einschließlich Überstunden und Zuschläge, entspricht



des geschätzten Basis-Existenzlohns. Trotz seiner nominellen Erhöhung ist die Kaufkraft des Mindestlohnes aufgrund steigender Wohnnebenkosten und Lebensmittelpreise gesunken. Der gesetzliche Mindestlohn entspricht außerdem nur etwa der

# HÄLFTE

des offiziellen Existenzminimums! Und dennoch erhalten mindestens



der ArbeiterInnen den Mindestlohn gar nicht (in der regulären Arbeitszeit).







## DIE BEKLEIDUNGS- UND SCHUHINDUSTRIE IN DER UKRAINE

Nach einer Phase der Deindustrialisierung in den 1990er Jahren, als ein großer Teil des Marktes für ukrainische Bekleidung und Schuhe zusammenbrach, erlebte die Bekleidungsindustrie im Rahmen des EU-Handelssystems der Passiven Lohnveredelung (PLV) ein erneutes Wachstum, das bis 2007 anhielt. Die weltweite Produktions- und Finanzkrise 2008/2009 sowie die ukrainische Wirtschaftskrise in Folge des militärischen Konflikts im Land ab 2014/2015 führten zu einem Stillstand. Allein im ersten Halbjahr 2009 schrumpfte der Bekleidungssektor um 38 %<sup>12</sup>. 2014/15 kam es aufgrund des Krieges und der militärischen Auseinandersetzungen erneut zu einem vergleichbaren Rückgang. Die Beschäftigungssituation in der Bekleidungs- und Schuhindustrie war jedoch stabiler als in anderen Wirtschaftssektoren: Während die Beschäftigung in der Leichtindustrie (primär Bekleidungsproduktion) zwischen 2010 und 2015 um rund 25 % zurückging, sank die Beschäftigung in der Rohstoffgewinnung im selben Zeitraum um 40 %<sup>13</sup>. Eine kontinuierliche Deindustrialisierung war zu beobachten, nicht zuletzt aufgrund der Tatsache, dass der Osten der Ukraine, das Zentrum des militärischen Konflikts, die am stärksten industrialisierte Region war und auch intensive Handelsbeziehungen mit Russland unterhielt.

*„Vier Euro dafür, dass ich den ganzen Samstag arbeite.“*

*Drei der 35 Befragten hatten in den vorangegangenen fünf Jahren Urlaub außerhalb des Landes gemacht. Alle anderen befragten ArbeiterInnen müssen ihren Jahresurlaub am „Grünen Meer“ verbringen, wie eine Arbeiterin scherzte: Sie arbeiten auf ihren Feldern. Sie können sich nicht vorstellen, ihren Jahresurlaub woanders zu verbringen. (ForscherIn)*

*„Wir nähen momentan Jacken, die im Laden 199 Euro kosten. Wissen Sie, wie viel ich für eine dieser Jacken bekomme? 38 Münzen [d.i. ein Euro-Cent]! Um meine Stückzahl zu erfüllen, muss ich pro Tag 350 Jacken machen. Ich schaffe knapp 200. Ich habe keine Ahnung, wie die eine solche Stückzahl errechnen. Selbst wenn ich jeden Tag Überstunden mache und an den Samstagen arbeite, schaffe ich keine 350 Jacken. Mit diesen fünf bis zehn Überstunden verdiene ich im Monat 1.000 bis 1.500 UAH [35–52 EUR]. Und was den Rest angeht [der Differenzbetrag zum gesetzlichen Mindestlohn von 89 EUR], so sagt die Betriebsleiterin mir, sie würde ‚sich darum kümmern‘ und ‚mehr zahlen‘. Sie sagt, ‚ich habe Dir etwas aufgeschlagen‘, so als hätte ich nichts dafür getan und als würde sie mir einen großen Gefallen tun, weil ich mit zehn Überstunden pro Woche den gesetzlichen Mindestlohn erhalte.“*

<sup>12</sup> Export Marketing Survey – Ukrainian Apparel Market, EU Tacis programme for Moldova, 2010 [http://www.ukrexporth.gov.ua/i/imgsupload/file/Ukrainian\\_Apparel\\_Market\\_Survey\\_en%282%29.pdf](http://www.ukrexporth.gov.ua/i/imgsupload/file/Ukrainian_Apparel_Market_Survey_en%282%29.pdf)

<sup>13</sup> Industry of Ukraine 2011–2015, S. 55 ([http://www.ukrstat.gov.ua/druk/publicat/kat\\_u/2016/zb/12/zb\\_pu2015pdf.zip](http://www.ukrstat.gov.ua/druk/publicat/kat_u/2016/zb/12/zb_pu2015pdf.zip))



## EIN SCHLÜSSELSEKTOR DER UKRAINISCHEN WIRTSCHAFT

*“Schon im März sind in der Fabrik 30 Grad.”*

Im Jahr 2015 waren in der ukrainischen Bekleidungs-, Textil-, Leder- und Schuhindustrie 72.000 Beschäftigte gemeldet. Aufgrund des Ausmaßes an nicht gemeldeten Arbeitsverhältnissen kann jedoch geschätzt werden, dass rund 220.000 ArbeiterInnen in der Bekleidungs- und Schuhindustrie beschäftigt sind (diese Zahl beinhaltet gemeldete und nicht gemeldete ArbeiterInnen). Die wichtigsten Teile der Bekleidungsindustrie befinden sich geografisch näher an den Exportmärkten in der Westukraine. Schuhe werden hauptsächlich im Norden und im Süden des Landes hergestellt <sup>14</sup>.

Zielländer für Bekleidungsexporte in 2016<sup>15</sup> waren wertmäßig: Deutschland (37%), Ungarn (7%), Polen (7%), Rumänien (6%), Dänemark (6%) und Frankreich (6%).

Zielländer für Schuhexporte in 2016 waren wertmäßig: Rumänien (32%), Polen (19%), Italien (14%), Russland (13%) und Ungarn (8%).

Der Anteil der für Ungarn, Polen und Rumänien bestimmten Bekleidung und Schuhe lässt vermuten, dass Lieferanten aus diesen Ländern ukrainische Fabriken als Subunternehmen beauftragen; empirische Untersuchungen haben dies bestätigt.

### DIE BRANCHE WEIST FOLGENDE MERKMALE AUF:

- ▶ *qualifizierte Arbeitskräfte, die oft noch in sowjetischer Zeit ausgebildet wurden,*
- ▶ *eine entwickelte Infrastruktur, wobei viele Gebäude aus den 1970er oder 80er Jahren stammen, sowie neue Maschinen, die oftmals von den Auftraggebern gemietet werden,*
- ▶ *extrem niedrige Löhne und Fehlen von aktiver Arbeitnehmervertretung,*
- ▶ *die Auswirkungen des Krieges, des militärischen Konflikts und der hohen Inflation seit 2014,*
- ▶ *von der Regierung umgesetzte Maßnahmen zur Förderung eines „guten Investitionsklimas“,*
- ▶ *oligarchische Strukturen, einschließlich Bestechung und Korruption, die Gesetzesverstöße in einem Klima der Straffreiheit möglich machen.*

*“Mein Mann arbeitet als Wächter in Kiew, zweieinhalb Stunden entfernt. Auch er verdient 97 EUR, ein bisschen mehr als den Mindestlohn. Das Geld reicht hinten und vorne nicht, obwohl wir selbst Kartoffeln anbauen und unsere Eltern, die im Dorf leben, uns mit Nahrungsmitteln unterstützen. Wir leihen uns ständig Geld und zahlen es mit unseren Löhnen zurück.”*

<sup>14</sup> Industry of Ukraine 2011–2015, p. 232  
([http://www.ukrstat.gov.ua/druk/publicat/kat\\_u/2016/zb/12/zb\\_pu2015pdf.zip](http://www.ukrstat.gov.ua/druk/publicat/kat_u/2016/zb/12/zb_pu2015pdf.zip))

<sup>15</sup> <https://comtrade.un.org>





## DER GESETZLICHE MINDESTLOHN: EXTREM NIEDRIG UND DENNOCH NICHT BEZAHLT

Wie in vielen anderen Ländern, in denen Bekleidung produziert wird, entspricht auch in der Ukraine der gesetzliche Mindestlohn dem Betrag, den ArbeiterInnen in der Bekleidungsindustrie üblicherweise in der Normalarbeitszeit erhalten - häufig verdienen sie sogar weniger. Der gesetzliche Mindestlohn ist daher ein wichtiger Richtwert, der näher untersucht werden soll.

Die Anhebungen des Mindestlohns haben den Anstieg der Lebenshaltungskosten nicht ausgleichen können. Hinzu kommt, dass der Mindestlohn nicht ausreicht, um einen Mindestlebensstandard zu sichern. Ein beträchtlicher Teil der Beschäftigten erhält nicht einmal diesen Mindestlohn.

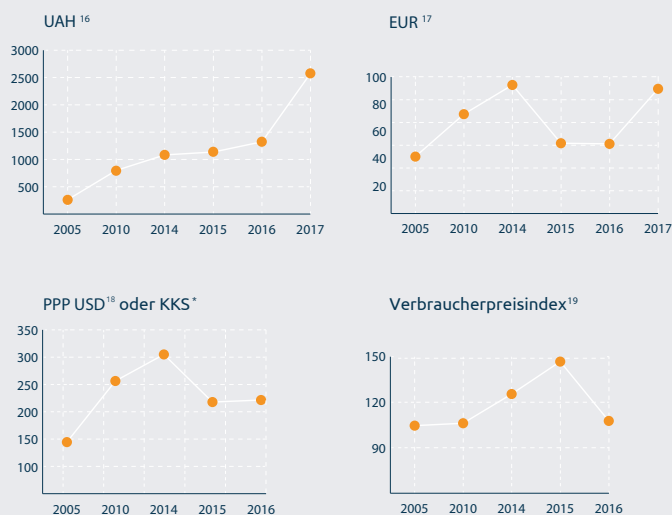
### DIE DIAGRAMME ZEIGEN:

► Während die Inflationsrate zwischen 2010 und 2016 **209 %** betrug,

► ist der in PPP-USD (einer künstlichen Währungseinheit, welche die Kaufkraft einer Währung angibt) angegebene Mindestnettolohn im selben Zeitraum auf **89 % des Ausgangswertes** gesunken.

D.h. die Mindestloohnerhöhungen konnten die Inflation nicht annähernd kompensieren. Zwischen 2010 und 2017 stieg der in EUR angegebene Mindestnettolohn (um Währungsabwertungen auszugleichen) **lediglich um 124 Prozent statt um 209 Prozent**, was nötig wäre, nur um die Inflation auszugleichen - ganz zu schweigen von Lebenshaltungskosten, wie sie typisch für ArbeiterInnenhaushalte sind. Die Wohnnebenkosten (Elektrizität, Wasser, Müll, Heizung) etwa sind im selben Zeitraum auf **226 % des Ausgangswertes** gestiegen<sup>20</sup>.

### DIE ENTWICKLUNG DES GESETZLICHEN MINDESTNETTOLOHNS UND DIE INFLATION



\* Umrechnungskurse für Privatkonsum

<sup>16</sup> Da in den Jahren 2005, 2010, 2015 und 2016 der gesetzliche Mindestlohn mehrmals geändert wurde, wird jeweils ein Durchschnittswert verwendet (der sich aus dem Betrag am Anfang und dem Betrag am Ende des Jahres ergibt). Dasselbe gilt für das offizielle Existenzminimum für die Jahre 2010, 2015, 2016. 2005 = Mindestbruttolohn (MBL) – 3,6% Sozialabgaben (SA) \* (MBL) – 13% EST \* (MBL – 131 UAH Steuervorteil – SA); 2010 = MBL – 3,6% SA \* (MBL) – 15% EST \* (MBL – 434,5 UAH Steuervorteil – SA); 2015 = MBL – 3,6% SA \* (MBL) – 15% EST \* (MBL – 609 UAH Steuervorteil – SA) – 1,5% Militärsteuer \* (MBL); 2016 = MBL – 18% EST \* (MBL – 689 UAH Steuervorteil) – 1,5% Militärsteuer \* (MBL); 2017 = MBL – 18% EST \* (MBL) – 1,5% Militärsteuer \* (MBL).

<sup>17</sup> Für die Mindestlöhne zu Jahresbeginn wurden die Wechselkurse vom 1. Januar und für die Mindestlöhne am Jahresende wurden die Wechselkurse vom 1. Dezember herangezogen

<sup>18</sup> The World Bank (<http://data.worldbank.org/indicator/PA.NUS.PRVT>. PP?locations=UA)

<sup>19</sup> Regional Consumer Price Index in 2001–2015 (December to December of the previous year) [https://ukrstat.org/uk/operativ/operativ2006/ct/cn\\_rnk/icsR/icsR\\_u/icsR\\_u\\_rnk.htm](https://ukrstat.org/uk/operativ/operativ2006/ct/cn_rnk/icsR/icsR_u/icsR_u_rnk.htm)

<sup>20</sup> Von 404 UAH (35 EUR) auf 2.277 UAH (79 EUR) <https://www.numbeo.com/cost-of-living/historical-prices-by-country?displayCurrency=UAH&year=2010&itemId=30> und [https://www.numbeo.com/cost-of-living/country\\_result.jsp?country=Ukraine](https://www.numbeo.com/cost-of-living/country_result.jsp?country=Ukraine) - accessed 18 Sep 2017

Das Gesetz schreibt eine jährliche Anpassung des gesetzlichen Mindestlohns auf der Grundlage von dreiseitigen Verhandlungen vor. In der Realität wurde die letzte Erhöhung vom Ministerkabinett erlassen. Der gesetzliche Mindestnettolohn liegt mit Stand 2017 bei 89 EUR, der durchschnittliche Nettolohn der von uns befragten ArbeiterInnen in der Bekleidungsindustrie betrug 96 EUR einschließlich Überstunden und Zuschlägen. Der Mindestlohn muss jedoch innerhalb der Normalarbeitszeit (unabhängig von der Anzahl der hergestellten Stücke) erreicht werden und den Grundlohn eines Arbeiters oder einer Arbeiterin darstellen. **Das bedeutet, dass der Nettolohn von mindestens einem Drittel der Beschäftigten unter dem gesetzlichen Minimum liegen muss.**

ForscherInnen haben auch Berichte von ArbeiterInnen zusammengetragen, die den Mindestlohn nur auf dem Papier erhielten, aber nicht in der Realität. Zwar war auf den Lohnzetteln der Mindestlohn verzeichnet, der Betrag, den sie tatsächlich erhielten, war jedoch niedriger. Der Eigentümer der Fabrik hat angeblich Verbindungen zu den lokalen Behörden und verfügt laut Aussagen von ArbeiterInnen über erhebliche Immobilien in der Stadt. In dieser Fabrik geschah es, dass die Fabrikleitung durch ArbeiterInnen von der Recherche erfuhr und unserer/unserem ForscherIn drohte und die Polizei rief. Der/die ForscherIn beschloss, die Stadt sofort zu verlassen sowie jegliche Untersuchung in diesem Fall einzustellen, um die Befragten und sich selbst zu schützen. Die Fabrikleitung nötigte anschließend alle befragten Beschäftigten, eine Erklärung zu verfassen, und verbot ihnen grundsätzlich, mit irgendjemandem von außerhalb über die Fabrik zu sprechen. Außerdem berief die Leitung eine Beschäftigtenversammlung ein, bei der die ArbeiterInnen erneut aufgefordert wurden, über Angelegenheiten der Fabrik Stillschweigen zu bewahren, und ihnen ein Foto des/der fraglichen ForscherIn gezeigt wurde.



Modemarken/-händler, die laut der von ihnen veröffentlichten Zuliefererliste in der Ukraine produzieren, von denen in ukrainischen Medien oder auf Firmenwebseiten immer wieder zu lesen ist oder die von anderen lokalen Quellen genannt werden, sind:

**Asos, Adidas, Benetton, C&A, Esprit, Hugo Boss, Inditex/Zara, Kirsten, Liz Claiborne, Mexx, Marks & Spencer, Mart Visser, Next, Oui, Peek & Cloppenburg, Steps, s.Oliver, Saint James, Topshop, Triumph, Tommy Hilfiger/PVH, Walbusch**





# LÖHNE UND BESCHÄFTIGUNG IN DER BEKLEIDUNGS-/SCHUHINDUSTRIE

## WENN DIE EINHALTUNG VON GESETZEN EHER EINE AUSNAHME IST DENN DIE REGEL

ExpertInnen und ForscherInnen schätzen, dass zwei Drittel der Beschäftigungsverhältnisse in der Bekleidungs- und Schuhindustrie informell sind. Untersuchungen vor Ort, Forschung und Berichte von Arbeitsinspektionen haben ergeben, dass die informellen und prekären Arbeitsverhältnisse folgende Merkmale aufweisen: Lohnrückstände; Nichtzahlung von obligatorischen Sozialabgaben; Fehlen von Arbeitsverträgen; rechtswidrige exzessive Überstunden, die nicht gesetzlichen Vorschriften entsprechend bezahlt werden; Zahlung von Löhnen unter dem gesetzlichen Minimum; Nichtzahlung von Abfindungen; rechtswidrige Arbeitsbedingungen für minderjährige ArbeiterInnen sowie Nichteinhaltung von Arbeitsschutzvorschriften.

Laut Sekundärquellen verdienten Frauen in der Leichtindustrie im Jahr 2011 84,6 % des Lohns ihrer männlichen Kollegen. Aufgrund der weitverbreiteten informellen Beschäftigungsverhältnisse sind die geschlechtsspezifischen Lohnunterschiede wohl in Wirklichkeit deutlich stärker ausgeprägt, da Frauen üblicherweise nach Stückzahl bezahlte Tätigkeiten zugeteilt werden (z.B. als Näherinnen), während Männer üblicherweise nach Stunden bezahlt werden und festgelegte Arbeitsbedingungen haben, wodurch sie weniger stark von Informalisierung bedroht sind.

Gewerkschaften haben kritisiert, dass das „Existenzminimum“ nicht dem gesetzlichen Mindestlohn entsprechend angehoben wurde. Das „Existenzminimum“ beinhaltet die Mindestausgaben für Lebensmittel, Bekleidung und Schuhe, Gesundheits- und Hygieneprodukte, Haushaltsartikel, Einrichtung, Wohnnebenkosten, Dienstleistungen, öffentliche Transportmittel, Kultur (Bücher und Besuche von Kultureinrichtungen) für eine Person; es beinhaltet keine Ausgaben für Wohnen/Miete, Bildung oder Internet/Computer - unverzichtbare Grundbedürfnisse, die durch einen existenzsichernden Lohn abgedeckt sein sollten. Die im „Existenzminimum“ enthaltenen Posten werden derart „angepasst“, dass das Existenzminimum effektiv sinkt. Es dient als Maßstab für Renten und Sozialleistungen, sodass diese Zahlungen nicht angehoben werden müssen, wenn das „Existenzminimum“ unverändert bleibt. Indem das „Existenzminimum“ nicht an die tatsächlichen Kosten und ein realistisches sozioökonomisches Minimum angepasst wird, vermeidet die Regierung die Anhebung der Mindestrenten und Sozialleistungen. Zu Beginn des Jahres 2017 lag die Mindestrente, die die große Mehrheit der Frauen erhält, bei **UAH 1,247/EUR 43 – ein Betrag, der völlig ungenügend ist, um die Grundbedürfnisse abzudecken.**

Da das „Existenzminimum“ auch als Maßstab zur Berechnung der absoluten Armut herangezogen wird, ist das offizielle Armutsniveau unrealistisch niedrig (zwölf bis 15 %). Im Jahr 2015 gaben 43 % der UkrainerInnen an, dass ihr Einkommen gerade ausreichte, um Nahrungsmittel zu kaufen<sup>24</sup>. Dieselbe staatliche statistische Quelle<sup>25</sup> besagt, dass fünf Prozent der UkrainerInnen das Gefühl haben, sich nicht einmal ausreichend ernähren zu können. Eine Selbstevaluationserhebung, die das Internationale Soziologieinstitut in Kiew im Dezember 2016 durchführte, ergab, dass 18,5 % der UkrainerInnen nicht einmal über genügend Mittel verfügen, um Nahrungsmittel zu kaufen<sup>26</sup>. Tatsächlich können schon die Wohnnebenkosten (Wasser, Elektrizität, Heizung, Müllabfuhr) höher sein als das „Existenzminimum“. Es gibt staatliche Beihilfen für



*„Im Sommer, während der Hochsaison, arbeiten wir jeden Samstag und zehn bis zwölf Stunden an Wochentagen. Manchmal bleiben wir bis zum Morgen. Wir machen diese vielen Überstunden, weil es die einzige Zeit im Jahr ist, in der wir mehr verdienen können. 138 EUR!“*

## ARMUT UND DER ZUSAMMENBRUCH DER SOZIALEN SICHERUNG UND DES ARBEITNEHMERSCHUTZES

Während der gesetzliche Mindestlohn nominal erhöht wurde, ist das „Existenzminimum“ – ein Schwellenwert für die Regierung zur Anpassung von Sozialleistungen und Renten – gleich geblieben:

### EXISTENZMINIMUM (FÜR EINEN ERWERBSFÄHIGEN ERWACHSENEN) IN DER UKRAINE

	In UAH <sup>21</sup>	In EUR <sup>22</sup>	In PPP USD <sup>23</sup>
<b>2005</b>	453	61	251
<b>2010</b>	869–922	74–87	275–291
<b>2014</b>	1,218	106	344
<b>2015</b>	1,218–1,378	54–62	232–262
<b>2016</b>	1,378–1,600	52–58	233–271
<b>2017</b>	1,600–1,762	55–n.a.	n.a.

\* Privatkonsum

<sup>21</sup> Existenzminimum (Ukraine) (<http://index.minfin.com.ua/index/wage/>)

<sup>22</sup> Für den Jahresbeginn wurden die am 1. Januar gültigen Umrechnungskurse herangezogen, für das Jahresende die am 1. Dezember gültigen Kurse.

<sup>23</sup> World Bank Database (<http://data.worldbank.org/indicator/PA.NUS.PRVT.PP?locations=UA>)

<sup>24/25</sup> Self-evaluation of income level by households in 2015 ([http://www.ukrstat.gov.ua/druk/publicat/kat\\_u/2016/dop/07/dop\\_sdrsd2015pdf.zip](http://www.ukrstat.gov.ua/druk/publicat/kat_u/2016/dop/07/dop_sdrsd2015pdf.zip))

<sup>26</sup> „Beinahe 20 Prozent der UkrainerInnen haben nicht genug Geld, um Nahrungsmittel zu kaufen“, Studie (<https://www.unian.ua/society/1702561-mayje-20-ukrajintiv-ne-vistachae-groshey-navit-na-jiju-opituvannya.html>)



diese Nebenkosten, aber diese sind mit Sicherheit für einen Teil der Bevölkerung, beispielsweise RentnerInnen, nicht hoch genug.

Binnenflüchtlinge (aus Kriegsregionen innerhalb der Ukraine), die meisten von ihnen Frauen, haben häufig mit noch schwierigeren finanziellen Verhältnissen zu kämpfen als die DurchschnittsukrainerInnen und suchen deshalb verzweifelt nach Arbeit. Manche von ihnen finden Arbeit in der Bekleidungs- und Schuhindustrie. Die Ergebnisse der empirischen Untersuchung deuten nicht darauf hin, dass sie am Arbeitsplatz diskriminiert werden. Es ist bekannt, dass Arbeitgeber diese Menschen besonders gern anstellen. Sie sind strukturell einem hohen Risiko ausgesetzt, übermäßig ausgebeutet zu werden.

*Valia (Name geändert) geht jeden Tag 40 Minuten zur Fabrik und später wieder 40 Minuten nachhause, um die 50 Cent, die der Bus kosten würde, zu sparen.*



*"Ich habe die Arbeitsstelle gewechselt, weil ich hier die vollen Sozialleistungen bekomme [obligatorische Sozialversicherung einschließlich Kranken-, Renten- und Arbeitslosenversicherung] und 24 Tage bezahlten Jahresurlaub und einen ordentlichen Arbeitsvertrag habe. Davor habe ich in einer Fabrik gearbeitet, dort hatte ich nur während einem Viertel der Zeit einen Vertrag mit bezahlten Sozialleistungsbeiträgen."*

*"In meiner Familie gibt es praktisch kein Fleisch zu essen. Wir müssen Gebühren für Elektrizität und Wasser bezahlen, 69 EUR im Monat. Meine Familie lebt von zwei Mindestlöhnen, meiner Invaliditätsrente von 1.200 UAH [41 EUR] und unserem Feld."*

*"Meine Familie muss für Elektrizität und Wasser monatlich 86 EUR bezahlen [das entspricht dem gesetzlichen Mindestlohn und dem Standardlohn]."*

*"Ich wünschte, ich hätte einen höheren Lohn, um wenigstens ein bisschen sparen zu können. Sie sehen ja, mittlerweile habe ich keinen einzigen Zahn mehr. Ich hätte auch gern zwei neue Fenster und einen Kühlschrank. Möge Gott mir Gesundheit schenken."*



*“In Fabriken, die für den lokalen Markt produzieren, gibt es regelmäßig Lohnrückstände. Hier in dieser Fabrik zahlen sie wenigstens die Löhne ordnungsgemäß aus. Deshalb beschwert sich niemand. Es gibt eine Gewerkschaft in der Fabrik. Alle ArbeiterInnen sind Mitglieder. Aber die Gewerkschaft tut nichts gegen die offensichtlichen Gesetzes-Verstöße. Und die ArbeiterInnen fühlen sich machtlos. Sie haben Angst und unternehmen nichts.”*

## WIE DIE REGIERUNG ARMUT, SOZIALE UNGLEICHHEIT UND VERFALL FÖRDERT

Unter dem Druck internationaler Finanzinstitutionen sowie der ukrainischen Oligarchen und mit dem EU-Beitritt in Aussicht hat die Regierung folgende „Austeritätsmaßnahmen“ eingeführt:

► Einfrieren des gesetzlichen Mindestlohns (mit Stand 2014) und Nichtanpassung desselben an die effektiven Lebenshaltungskosten.

► Senkung von Sozialleistungen und Rentenzahlungen durch Entkoppelung der Mindestsozialleistungen von den realen Lebenshaltungskosten.

► Versuche, den durch das ukrainische Arbeitsrecht gewährleisteten Arbeitnehmerschutz zu schwächen und den Gewerkschaftszugang zu Arbeitsstätten einzuschränken. Während beispielsweise das geltende Arbeitsrecht die Anwendung von befristeten Verträgen stark einschränkt, enthält der neue Gesetzesentwurf keine solchen Einschränkungen. Das neue Gesetz sieht vor, dass die Preisgabe von „Betriebsgeheimnissen“ ein Entlassungsgrund ist. Diese Bestimmung gibt es im geltenden Recht nicht. Laut bestehendem Arbeitsrecht erfordern Überstunden die Zustimmung der Gewerkschaften. Außerdem ist die Anzahl der zulässigen Überstunden auf vier Stunden an zwei aufeinanderfolgenden Tagen begrenzt. Diese Einschränkungen wurden fallengelassen: künftig ist keine Zustimmung der Gewerkschaften erforderlich, und obwohl nicht mehr als 120 Überstunden pro Jahr geleistet werden sollten (mit einem Überstundenzuschlag von 100 %), sieht der Gesetzesentwurf auch vor, dass bei mehr als 120 Überstunden pro Jahr ein Überstundenzuschlag von 200 % zur Anwendung kommt. Mehr als 120 Überstunden jährlich sind also nicht mehr rechtswidrig. Das neue Arbeitsrecht ermöglicht auch die Überwachung der ArbeiterInnen in Fabriken unter Verwendung von Kameras und anderer Technik. Und während nach altem Arbeitsrecht die Gewerkschaft ihre Zustimmung erteilen musste, wenn ein Gewerkschaftsmitglied entlassen wurde, ist dies nun nicht mehr erforderlich<sup>27</sup>.

► Zwischen 2014 und 2016 wurden durch ein Moratorium sämtliche Kontrollen der Arbeitsinspektion von kleinen Unternehmen (d.h. solche mit einem Umsatz unter 20 Millionen UAH), einschließlich der regulären Arbeitsinspektionen, ausge-

setzt. Während im Jahr 2013 bei 10.191 Überprüfungen 117.443 Verstöße festgestellt wurden, fanden 2015 lediglich 377 Überprüfungen statt, im Zuge derer 7.537 Verstöße festgestellt wurden<sup>28</sup>. Laut ukrainischem Gewerkschaftsverband hatte das Moratorium außerdem zur Folge, dass die Summe der Lohnrückstände von 1,3 Millionen UAH im Jahr 2015 auf 1,9 Millionen im September 2016 stieg<sup>29</sup>.

► Drastische Erhöhung der Gebühren für Versorgungsleistungen (Elektrizität, Wasser, Heizung, Müllabfuhr).

► Drastische Senkung der obligatorischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbeiträge zur Sozialversicherung. Diese sind gegenüber 40,4 % im Jahr 2015 seit 2016 auf 22 % gesunken.

► Verringerung der Zahl von Beschäftigten des öffentlichen Dienstes.

► Streichung von Sozialleistungen, etwa für Geburten, Kinderbetreuung und Schulen. Schließung von Krankenhäusern. Hochschulbildung und Gesundheitsversorgung können sich ArbeiterInnen immer weniger leisten. Der Zugang zu Hochschulbildung wird für UkrainerInnen immer mehr eingeschränkt, da die Zahl der staatlichen Stipendien reduziert wird und die Höhe der Stipendien nur dem Existenzminimum entspricht, selbst für Studierende mit herausragenden Leistungen (die anderen Studierenden bekommen sogar noch weniger). Kultur und soziale Aktivitäten sind mindestens der Hälfte der ukrainischen Bevölkerung gänzlich verschlossen.

Obwohl der Staat und sein Sozialsystem derart zurückgestutzt wurden, muss dieser verarmte Staat nach wie vor Beihilfen für die sogenannten Working Poor zahlen (Menschen, die trotz Erwerbstätigkeit arm sind), unter anderem für Wohnnebenkosten und Verkehrsmittel. Aufgrund der niedrigen Löhne erhalten die ArbeiterInnen dann auch sehr niedrige Renten, weshalb sie gezwungen sind, weiterhin körperliche Arbeit etwa in Bekleidungsfabriken zu verrichten, selbst wenn sie das Rentenalter schon erreicht haben (die Mindestrente, die die meisten Frauen erhalten, beträgt 1.247 UAH/43 EUR).

<sup>27</sup> Im November 2015 (in erster Lesung) vorläufig beschlossen.

<sup>28/29</sup> Moratorium on checks by departments of the State Service on Labour Issues is prolonged until 31 December 2017 (<http://www.fpsu.org.ua/napryamki-diyalnosti/pravovij-zakhist/11187-moratorij-na-zdijsnennya-perevirok-organami-derzhpratsi-prodovzhenno-do-31-grudnya-2017-roku>)





*“Es gibt Zeiten, in denen wir nichts zu essen haben.”*

## ES WIRD ZEIT, DIE RICHTIGEN FRAGEN ZU STELLEN.

### INTERESSIEREN SICH MEDIEN UND ÖFFENTLICHKEIT FÜR DIE NOT VON ARBEITERINNEN UND NÄHERINNEN?

Der Bekleidungssektor und seine entsetzlichen Arbeitsbedingungen werden in Forschung und Medien so gut wie nie erwähnt. Die notorische Bezahlung von Niedriglöhnen in diesem Sektor ist jedoch allgemein bekannt.

### WIE ÜBERLEBEN DIE BESCHÄFTIGTEN DER UKRAINISCHEN BEKLEIDUNGS- UND SCHUHINDUSTRIE ANGESICHTS IHRER HUNGERLÖHNE?

Sie müssen sich in allen ihren Ausgaben einschränken. Infolgedessen konsumieren sie Nahrungsmittel von schlechter Qualität, was sich negativ auf ihre Gesundheit auswirkt. Viele Beschäftigte und ihre Familien betreiben Subsistenzwirtschaft, um ihr Gehalt zu subventionieren. Viele ArbeiterInnen erhalten staatliche Beihilfen für Wasser- und Elektrizitätskosten sowie Alters- oder Invaliditätsrenten. Eine andere Strategie, mit der Armut zurechtzukommen, besteht in der Ausübung zusätzlicher Tätigkeiten, etwa als Reinigungskraft. Ein für viele Menschen existenziell wichtiges Erbe der Sowjetunion ist, dass sie Eigentümer ihres Hauses oder ihrer Wohnung sind. Sie verfügen allerdings nicht über die Mittel für die Instandhaltung und leben von der Substanz.

### DIE EU UND DIE UKRAINE

Die Europäische Kommission begrüßt die „beispiellosen Reformen“ in der Ukraine<sup>30</sup>, schenkt jedoch der Situation der Arbeiter-Innen kaum Beachtung. Im letzten Kapitel des Berichts zur Umsetzung des Assoziierungsabkommens zwischen der EU und der Ukraine vom 09.12.2016 findet sich ein einziger Hinweis auf die anhaltend katastrophalen Arbeitsbedingungen im Land: „Die Probleme der Lohnrückstände und der weitverbreiteten informellen Beschäftigung wurden bislang nicht gelöst.“<sup>31</sup>

*“Vor dem Krieg und der darauffolgenden hohen Inflation seit 2014 verdiente ich fast 150 EUR. Jetzt liegt mein Lohn bei knapp 83 EUR. Das heißt, ich verdiene nicht einmal den gesetzlichen Mindestlohn. Für den Eigentümer der Fabrik spielt das keine Rolle – die Einkäufer bezahlen in Euro. Für mich ist die Sache klar: Eine Anzugjacke kostet im Laden 160 Euro. Aber selbst wenn die Modehändler dem Fabrikeigentümer mehr bezahlen würden, würde er uns trotzdem nicht besser bezahlen.”*

<sup>30</sup> [https://eeas.europa.eu/delegations/ecuador/17066/eu-report-ukraine-carrying-out-unprecedented-reforms\\_en](https://eeas.europa.eu/delegations/ecuador/17066/eu-report-ukraine-carrying-out-unprecedented-reforms_en), aufgerufen am 14. September 2017

<sup>31</sup> [https://eeas.europa.eu/sites/eeas/files/ukraine\\_v2\\_0.pdf](https://eeas.europa.eu/sites/eeas/files/ukraine_v2_0.pdf), aufgerufen am 15. September 2017



## DER FALL EINES TRIUMPH-ZULIEFERERS

Das Unternehmen beschäftigt circa 200 ArbeiterInnen. Es arbeitet seit mehreren Jahren für Triumph. Außerdem erhält es als Subunternehmer kleinere Aufträge aus Polen und Ungarn. Die ArbeiterInnen geben an, dass sie im Durchschnitt an zwei bis drei Tagen in der Woche eine Überstunde leisten (2,5 Stunden pro Woche). Wenn ArbeiterInnen mehr als die vorgeschriebene Stückzahl schaffen, erhalten sie 150 Prozent des Normaltarifs. Wenn die vorgeschriebene Stückzahl innerhalb der regulären Arbeitszeit nicht erreicht wird, berichten ArbeiterInnen, wird von ihnen erwartet, dass sie so lange bleiben, bis die Norm erfüllt ist - ohne zusätzliche Vergütung. Laut Gesetz sollte Mehrarbeit auf Stundenbasis erfolgen, nicht nach Stückzahl. Außerdem muss Mehrarbeit durch die Gewerkschaft oder Arbeitnehmervertreter genehmigt und mit 200 Prozent des Normaltarifs pro Stunde entgolten werden. Die Berichte der ArbeiterInnen lassen nicht darauf schließen, dass irgendeine dieser Bestimmungen erfüllt wurde.

Die befragten ArbeiterInnen verdienen zwischen 2.576 UAH/89 EUR und 5.400 UAH/187 EUR - im Durchschnitt 3.107 UAH/107 EUR - einschließlich Überstunden. Bei 2,5 Überstunden pro Woche (das sind zehn Stunden pro Monat), die mit 200 Prozent des Normaltarifs entgolten werden, dürften ArbeiterInnen nicht weniger als 2.870 UAH<sup>32</sup> netto verdienen, um wenigstens den gesetzlichen Mindestlohn zu verdienen. Von den befragten NäherInnen, die nach Stückzahl entlohnt wurden, leisteten 55 Prozent regelmäßig Überstunden und verdienten nicht mehr als 2.870 UAH netto. Daraus kann geschlossen werden, dass **55 Prozent der NäherInnen für die Normalarbeitszeit nicht den gesetzlichen Mindestlohn** erhalten.

Es gibt in der Fabrik eine Gewerkschaft, der die ArbeiterInnen automatisch beitreten, wenn sie hier zu arbeiten beginnen. Die ArbeiterInnen berichten jedoch, dass die Gewerkschaft nicht versucht, Verbesserungen herbeizuführen.

ArbeiterInnen sprechen von „guten Arbeitsbedingungen“, wenn sie ihren Lohn regelmäßig ausbezahlt bekommen; auch sind die Toiletten neu und sauber.

<sup>32</sup> 2.576 UAH Mindestnettolohn/176 reguläre Arbeitsstunden pro Monat \* (176 + 10\*2 wegen 200% Überstundenbezahlung)





## DIE GESCHICHTE EINER ARBEITERIN

Svitlana (Name geändert) ist 40. Sie arbeitet seit 20 Jahren als Näherin in dieser Fabrik. Svitlana hatte nicht vor, Näherin zu werden. Sie wollte die Universität besuchen und eine Hochschulausbildung absolvieren, aber das klappte nicht. Sie ist mit vielen Dingen, die in der Fabrik geschehen, unzufrieden. Die vorgeschriebenen Stückzahlen sind zu hoch und sie kann ihre Vorgaben nur in der Nebensaison erfüllen. In der Hochsaison muss sie jeden Tag ein bis zwei Überstunden leisten, und häufig muss sie auch an den Samstagen arbeiten, wenn dringende Aufträge vorliegen. Als Gegenleistung für die viele Arbeit erhält sie nur den gesetzlichen Mindestlohn: 89 EUR „Egal, wie lange du arbeitest – sie zahlen dir den Mindestlohn.“

Im Sommer kann es in der Fabrik sehr heiß sein. In dieser Zeit fahren die meisten Menschen in den Urlaub, aber Svitlana kann keine Pause von ihrer Arbeit nehmen, denn in der Fabrik herrscht im Sommer Hochsaison. Sie hat keine Wahl: Svitlana und die anderen ArbeiterInnen der Fabrik müssen die Urlaubstage, die ihnen gesetzlich zustehen, dann in Anspruch nehmen, wenn keine Aufträge vorliegen. Svitlana ist nicht zufrieden mit dieser Praxis, aber sie kann nichts dagegen unternehmen.

„Wie das mit unserem Urlaub ist? Gerade dann, wenn wir gern Urlaub nehmen würden, im Sommer, entsteht ein solches Chaos mit dringenden Aufträgen, dass wir ganze Tage hier verbringen müssen. Sie schicken uns auf Urlaub, wenn es ihnen passt. Wir sind damit nicht zufrieden, aber was können wir tun? Uns beschweren? Wenn es dir nicht gefällt – dann gehst du eben. Es gibt immer genügend Leute, die gerne deinen Platz einnehmen würden.“

Auch wenn Svitlana mit den Praktiken des Fabrikeigentümers nicht einverstanden ist und diese oft rechtswidrig sind, so kann der Eigentümer doch nicht bestraft werden: Der Grund dafür ist ein zweijähriges Moratorium für Kontrollen der Arbeitsaufsicht in der Ukraine. Das Moratorium ist nun ausgelaufen, aber wird sich deshalb etwas ändern? Es scheint so, als würde sich niemand für die Arbeitsbedingungen interessieren - weder die ukrainischen Behörden noch die Abnehmer und Kunden der Firma.

In der Fabrik gibt es keine Gewerkschaft, und die Menschen haben Angst, ihre Arbeitsstelle zu verlieren. Sie versuchen deshalb nie, Druck auf den Eigentümer auszuüben, um ihre Arbeitsbedingungen zu verbessern oder höhere Löhne zu erhalten. „Ich bitte Sie, welche Konflikte? Jeder braucht Geld, aber jeder bleibt, wo er ist. Es ist so, wenn man es hier nicht mag – sie finden immer jemanden, um dich zu ersetzen.“

Svitlana und ihr Ehemann, der als Wächter arbeitet, leben von zwei Löhnen – beide verdienen nur den gesetzlichen Mindestlohn. Es ist ein sehr hartes Leben. Obwohl sie staatliche Beihilfen zur Deckung der Wohnnebenkosten erhalten, müssen sie trotzdem 52 EUR selbst bezahlen, da die Beihilfe nicht ausreicht. Svitlana sagt, um Nahrungsmittel von guter Qualität zu kaufen, bräuchten sie mehr als zwei Löhne pro Monat. Ein Paar Schuhe kostet mehr als ein ganzer Lohn.

# CREDITS

---

Dieses Länderprofil beruht auf Literaturobwertung und Feldforschungen, die im Februar/März 2017 durchgeführt wurden. Für die Feldforschung wurden Interviews mit 33 ArbeiterInnen aus vier Fabriken außerhalb des Fabrikgeländes durchgeführt.

Die in dem vorliegenden Dokument wiedergegebenen Zitate stammen nicht von den Personen, die auf den Fotos zu sehen sind. Darüber hinaus stehen diese Personen in keinem Zusammenhang mit den Menschen, die wir im Zuge unserer Forschungen befragt haben.



**AUTORINNEN:**

Oksana Dutchak  
Artem Chapeye  
Bettina Musiolek

Kontakt und Information:

<https://cleanclothes.org/livingwage/europe>  
<http://lohnzumleben.de/europas-sweatshops>  
[europe-east-south@cleanclothes.org](mailto:europe-east-south@cleanclothes.org)



Dieses Länderprofil wurde  
mit Unterstützung der  
Rosa-Luxemburg-Stiftung  
erstellt.

Design: Sandra Spindler, Tina Warmuth  
Fotos: Yevgenia Belorusets